

Bei den Mindestlöhnen hat die Schweiz Nachholbedarf

Der Mindestlohn hat in Europa derzeit eine hohe Aktualität: Die neue deutsche Regierung wird einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. In Ländern wie England (und auch in den USA) wird über eine substantielle Erhöhung diskutiert. In der Schweiz steht die Abstimmung über die Volksinitiative der Gewerkschaften bevor. Fachleute aus verschiedenen europäischen Ländern und der Schweiz haben heute an einer Fachtagung der Gewerkschaft Unia über ihre Erfahrungen mit und Erwartungen an den Mindestlohn diskutiert.

22 Länder in Europa kennen einen gesetzlichen Mindestlohn, demnächst wird auch Deutschland dazu stossen. Keinen solchen Mindestlohn haben nur einige nordische Länder sowie Österreich und Italien - sie bekämpfen die Tiefstlöhne mit einem dichten Netz von Gesamtarbeitsverträgen.

Thorsten Schulten, Experte für europäische Arbeits- und Tarifpolitik am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans Böckler Stiftung in Düsseldorf (Deutschland), analysierte an der Fachtagung der Gewerkschaft Unia die Bedeutung des gesetzlichen Mindestlohnes in Europa. Er stellte fest, dass der Mindestlohn vielerorts unter der Armutsschwelle liegt und seit der Krise von 2008 eingefroren, ja teils gekürzt worden ist. Schulten plädierte für ein gemeinsames Mass zur Bestimmung der Höhe. Um existenzsichernd zu sein, dürften die Mindestlöhne 50% des Medianlohns (Armutsschwelle) auf keinen Fall unterschreiten, sondern sollten um die 60% liegen. Der von den Gewerkschaften in der Schweiz geforderte Mindestlohn beträgt 60% und liegt somit völlig richtig.

Anne Eydoux, Ökonomin an der Universität in Rennes (Frankreich), analysierte die Rolle des gesetzlichen Mindestlohnes (SMIC) in Frankreich. Sie zeigte auf, dass die substantielle Erhöhung des SMIC bis 2003 eine Senkung der Tieflohne und der Armutsquote zur Folge hatte. Diese positive Wirkung setzte sich jedoch seither nicht mehr fort, da der SMIC stagnierte. Eydoux wies zudem darauf hin, dass vom SMIC ganz besonders Frauen und Teilzeitarbeitende profitieren.

Erfolgreiche Gewerkschaftskampagne in Deutschland.

Wolfgang Pieper von der deutschen Gewerkschaft ver.di war der „Architekt“ der dortigen Mindestlohn-Kampagne. Sie begann 2006 mit dem Slogan „Kein Lohn unter 7.50 Euro“. An der Tagung zeigte Pieper auf, wie diese Kampagne auf eine riesige Zustimmung stiess. „Es kann doch nicht sein, dass man im Exportweltmeister-Land Deutschland Vollzeit arbeitet und dafür nur einen Armutslohn bezieht!“ Die Unterstützung in der Bevölkerung war so gross, dass schliesslich auch CDU und CSU im Koalitionsvertrag mit der SPD der Einführung eines Mindestlohnes von unterdessen 8.50 Euro zustimmten - trotz massiver Opposition des Arbeitgeberverbandes und der bürgerlichen Presse. Davon werden 16% aller Arbeitnehmenden profitieren.

Bloss halber Lohnschutz in der Schweiz.

Der zweite Teil der Tagung widmete sich der Schweiz. Marc Chesney, Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Zürich, zeigte auf, wie die zunehmende Ungleichheit der Einkommen zu Funktionsstörungen im gesamten Wirtschaftssystem führen. Eine Korrektur der Einkommensungleichheit ist deshalb dringend notwendig.

Der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Daniel Lampart, wies darauf hin, dass es in der Schweiz im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern weder ein starkes Auffangnetz von GAV-Mindestlöhnen, noch einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. So sind in der Schweiz wegen des Widerstands der Arbeitgeber weniger als 50% der Arbeitnehmenden durch einen GAV-Mindestlohn geschützt. Das ist der Grund, warum die Gewerkschaften nun einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde bzw. zwölfmal 4'000 Franken für eine Vollzeitstelle verlangen - als Minimal-Norm für alle. In den Branchen-GAV können dann differenziert weitere Normen festgeschrieben werden.

Für Rückfragen:

Andreas Rieger, Nationaler Sekretär der Unia.

Pepo Hofstetter, Leiter Kommunikation + Kampagnen der Unia.

www.unia.ch

www.lohnschutz.ch

Unia Schweiz, Medien-Mitteilung. 7.2.2014.

Unia Schweiz > Mindestlöhne. Europa. Unia Schweiz. 2014-02-07